

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1949**

28 (29.11.1949)

# BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35; Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01; Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023; Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596; Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Stadt-Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Aus dem Inhalt:

Proteste helfen nichts, wenn Menschen sterben  
Schönau im Dunkeln  
Deutsche Gewerkschaftsgelder gehen nach London  
Die „zweite Runde“

Journal 1 / Nr. 28

Dienstag, 29. November 1949

Preis 15 Pf.

## Abstreichen, Dr. Adenauer

Der englische Hohe Kommissar Sir Brian Robertson äußerte sich über den im Petersberg-Abkommen enthaltenen Passus über Aenderung des Kriegszustandes. Adenauer hatte darüber im Bundestag eine Darstellung gegeben, als ob dieser zwar praktisch, wenn auch nicht juristisch durch das Petersberg-Abkommen beendet sei. Robertson sträflich Lug, indem er erklärt: „Der Kriegszustand ist nicht praktisch beendet, denn er besteht gerade wegen praktischer sowie juristischer Probleme weiter, die seine Aufhebung aufwerfen würden“. Mit der Fassung des Petersberg-Abkommens habe man nur „die Atmosphäre des freien Meinungs-austausches“, die bei den Verhandlungen geherrscht habe, charakterisieren wollen.

Was bleibt also von dem viel gepriesenen Petersberg-Abkommen? Dr. Adenauer übrig? Die Demontage geht weiter, der Hochseeschiffbau ist weiter straggulier, die Hohen Kommissare halten weiter die Auslandsbeziehungen der westdeutschen Bundesrepublik in der Hand und der Kriegszustand ist praktisch nicht beendet, wie der Hohe Kommissar Robertson sagte. Was Dr. Adenauer für eine Beendigung des Kriegszustandes gehalten hat, war das kollegiale „auf die Achsel-Klopfen“ der Hohen Kommissare ihrem ergebenen Diener Adenauer gegenüber. Das konnten sie tun, denn es hat für sie gelohnt, denn sie haben die Unterschrift unter das Besatzungs- und Ruhrstatut bekommen.

## Zerstörte Tschungking-Legende

Die Truppen Mao Tse-Tungs in Tschungking  
Hongkong. Eine Reutersmeldung besagt, daß Tschungking unmittelbar vor dem Fall stehe. Vorhuten der kommunistischen Streitkräfte waren gestern nur noch 12 Kilometer von der Stadt entfernt. Es wird damit gerechnet, daß Tschungking evtl. am heutigen Tage bereits in den Händen der Truppen Mao Tse-Tungs befindet. Damit hat eine über Tschungking verbreitete Legende, die da lautete, daß Tschungking wie im japanisch-chinesischen Kriege das sichere „strategische Zentrum“ des Widerstandes des Tschiang Kai-Schek-Regimes gegen das neue China sein werde, ein schnelles Ende gefunden. Wie üblich hat Tschiang Kai-Schek selbst von der anrückenden Gefahr die Flucht ergriffen.

## Wissenschaftler der Sowjetunion

Tagung des Kulturbundes beendet  
Berlin. (dpa) Die zweite Tagung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Berlin wurde am Sonntag beendet. Am letzten Tage traf eine sowjetische Delegation unter Leitung Prof. Dr. M. J. Oparins vom Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ein. In einem längeren Referat erklärte der sowjetische Biologe, die Sowjetunion sei bereit, das deutsche Volk bei seiner Wiederaufbauarbeit aktiv zu unterstützen. Die Sowjetunion sei sich der großen Rolle bewußt, die die fortschrittliche deutsche Intelligenz beim Aufbau der „Deutschen Demokratischen Republik“ spiele. Die Erfolge, die auf dem Gebiet der Naturwissenschaften erzielt wurden, sagte Oparin weiter, sprächen eindeutig für die Möglichkeiten des menschlichen Geistes, jede beliebige Aufgabe zu lösen. Die Wissenschaft könne jedoch nur dann ihr Ziel, dem Volk zu dienen, erreichen, wenn sie dem ganzen Volke gehöre.  
Im weiteren Verlauf der Tagung nahmen die Delegierten ein aus acht Abschnitten bestehendes Programm über die Grundaufgaben des Kulturbundes an.

## Am Streiflicht gesehen

6-OS-Wagen vor der Pariser Oper  
Paris. Ein 6-OS-Wagen stand am Sonntag vor der Pariser Oper und hielt den Verkehr auf. Es war ein alter Karren, bespannt mit 6 Ochs, ein riesiges Plakat auf dem Karren verkündete: „Vorhut des Fortschritts“. Sechs Ochsenstärken. Prototyp des Wagens von 1950. Vor den Ochsen lag ein Bündel Heu mit dem Vermerk: „Treibstoff 1950, unrationiert und nicht versteuert.“  
Der Erfinder des 6-OS-Wagens protestierte gegen die Pariser Benzinsteuern und forderte die volle Freigabe des Benzins ohne Preiserhöhung.

Zugunglück bei Trier  
Trier. (dpa) Zwei Güterzüge stießen am Sonntag in den frühen Morgenstunden auf der Strecke Köln-Trier bei Urft zusammen. Der Lokomotivführer des von Köln kommenden Zuges wurde getötet. Vier Bahnbeamte wurden verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend. Die Eisenbahnstrecke ist vorläufig blockiert, da sich die Wagen zum Teil ineinandergeschoben haben und die Lokomotiven vollkommen zerstört sind.

Als Ursache des Unglücks wird angegeben, daß der Lokomotivführer des von Trier kommenden Zuges zwei Signale überfuhr. Der Stationsvorsteher von Urft hatte vergeblich versucht, Warnsignale zu geben.  
„Knecht Ruprecht“ fiel in den Ohio  
Gallipolis. (Ohio) (dpa) 1000 Kinder der Stadt Gallipolis im Staate Ohio wollten Knecht Ruprecht mit einem Fallschirm vom Fuzzeug

## Emsige Geschäftigkeit der Kriegsorganisatoren

Die Generalstäbe des Westens tagen — Kreuzzug gegen Sozialismus wird von den USA-Politikern gepredigt — Remilitarisierung Westdeutschlands akute Gefahr

Der westalliierte Erfolg mit dem Petersberg-Abkommen, mit dem der Separatkanzler Dr. Adenauer seine Unterschrift unter eine Kapitulation schlimmeren Charakters setzte, als es die militärische von 1945 war, hat nicht nur im Westen Genugtuung ausgelöst, sondern zu einer Emsigkeit in der militärischen Organisation Europas gegen den Osten unter der Führung der USA-Militärs und Politiker geführt. In Paris tagt der ständige Ausschuss der Atlantikmächte, dem die Generalstabschefs der USA, Großbritannien und Frankreich angehören. Im Mittelpunkt der Besprechungen steht das Anlaufen der amerikanischen Waffenlieferungen und ihrer Verteilung auf die Atlantikpaktstaaten in Europa, wie Reuter meldet, aber auch die Frage, ob im Kriegsfall die Rhein- oder die Elbelinie verteidigt werden solle. Bei seinem demonstrativen Besuch in Berlin ist der amerikanische Verteidigungsminister Johnson, als ihm die gleiche Frage vorgelegt wurde, einer konkreten Beantwortung vieldeutig ausgewichen. Das Angebot Adenauers, die Selbstaufgabe der deutschen Nation durch die reaktionäre Mehrheit des Bundestages wird von den Alliierten im Sinne einer Tatsache gewertet, die sie in ihre militär-strategischen Pläne als „positivum“ einsetzen.

Die Unterschrift unter Ruhr- und Besatzungsstatut, die Angebote der Bundesregierung auf eine völlige kapitalmäßige Ueberfremdung der deutschen Industrie bedeuten die wirtschaftliche und soziale Auslieferung Westdeutschlands an das internationale Monopolkapital. Sie stellen aber auch die Voraussetzung für die restlose Eingliederung

Deutschlands in die aggressiven Kriegspläne des Westens dar.

Man braucht den hundertlei Variationen aus dem Westen über die Einzelheiten einer westdeutschen Remilitarisierung nicht zu glauben, aber die militärischen und politischen Gremien sind dabei, sie auszuarbeiten. Alle Dementis gegen die Wiederaufrüstung und Militarisation Westdeutschlands beziehen sich auf die spekulativen Einzelheiten, aber nicht auf den Kern der Sache.

Bei seinem Besuch in Berlin feierte der amerikanische Verteidigungsminister Johnson Berlin als „Symbol amerikanischer Entschlossenheit“, das es auch in Zukunft für die USA bleiben solle. Was Westberlin unter der Ägide Reuters und Neumanns für den westlichen Imperialismus und gegen den Sozialismus geleistet hat, findet die Anerkennung des hohen Amerikaners, und es ist damit der unausgesprochene Wunsch verbunden, daß es Westdeutschland in Zukunft dem aufgetauchten Westberlin gleich tun möchte. Man kann dabei die Erwartung aussprechen, daß das Menetekel des totalen Bankrotts Westberlins der Bevölkerung an Rhein und Ruhr zur Warnung dienen wird.

Johnson redete in Berlin von dem „Kreuzzug gegen den Totalitarismus“. Er meinte den Kreuzzug gegen den Sozialismus in der Welt und ist dabei noch nicht einmal sehr weit weg von der Terminologie, die einem Hitler eigen war. Symbolisch ist, daß Johnson nach seinen starken Worten in Berlin, bei denen er sich auch gefiel, vom Beweise des Erfolgs amerikanischer

Politik die „freien Regierungen in Berlin und der Bundesrepublik“ anzuführen, nach London weiter geflogen ist, um an den Besprechungen der Atlantikpaktstaaten, wo die Frage der wirtschaftlichen und militärischen Mobilisation Europas die Hauptrolle spielen, teilzunehmen.

Um das Bild all der Bestrebungen des westlichen Imperialismus die Menschheit erneut in die Kriegskatastrophe zu stoßen, abzurufen, sei zum Schluß eine Meldung aus Stockholm wiedergegeben, daß in den USA an der Herstellung einer Atombombe gearbeitet werde, die vermindere Wirkung habe, als irgendwas anderes, was je zuvor erfunden wurde. Mit der neuen Bombe, wie „Svenska Tagbladet“ berichtet, werde man instande sein, weite Gebiete der Erdoberfläche in Brand zu setzen. Das Blatt bezieht sich auf Auslassungen, die der amerikanische Senator Joanson kürzlich machte, wonach man dabei sei, eine „tausendfach wirksamere Atombombe als die auf Nakasaki geworfene“, herzustellen.

Wir haben das Bild in erschreckend deutlicher Gestalt vor uns, das die Kriegstreiber vorhaben, Wirklichkeit werden zu lassen. Wir können daraus ersehen, welche dringliche Aufgabe der Kampf aller Menschen für den Frieden gegen den Krieg ist. Dr. Adenauer hat keine Scheu, Deutschland als Faktor in die Kriegsberechnung des westlichen Imperialismus als Objekt einsetzen zu lassen. Der Kampf gegen Bonn, gegen die Politik Dr. Adenauers ist nicht nur die Gegenwehr gegen wirtschaftliche und politische Versklavungspläne, sondern auch der Kampf um den Weltfrieden gegen die drohende Kriegskatastrophe. -ym-

## Das Ausmaß der Demontagezerstörungen in Zahlen

Und weiter geht der Abbau

Dr. Adenauer erklärte zum Petersberger Abkommen, daß in der Frage der Demontage „etwa 90 Prozent unserer Wünsche erfüllt worden“ seien. Es gibt wenige Tage nach diesem Ausspruch keinen Zweifel mehr, daß die Demontagen weiter gehen. Viele Werke sind davon betroffen und die Schein zugeständnisse, die gemacht wurden, erstrecken sich auf Betriebe, bei denen man sich zuvor beeilt hatte den größten Teil noch abzubauen und wegzunehmen. Jeder mit fünf gesunden Sinnen im deutschen Volk fragt sich: Was diese Scheinkonzession nicht bloß der schützende Mantel, hinter dem Adenauer unter völliger Mißachtung des deutschen Volkes seine Unterschrift unter Ruhr- und Besatzungsstatut setzte? Nicht anders ist es. Und der Widerstand aus allen Teilen der Bevölkerung gegen die Politik Dr. Adenauers ist der Beweis, in welchem wachsendem Maße diese Tatsache erkannt wird.

Berlin. (dpa) Bis Oktober dieses Jahres wurden nach dem Oktober-Bericht des britischen Hohen Kommissars 924 000 Tonnen Material im Bundesgebiet demontiert. 512 000 Tonnen davon wurden bereits an die Empfängerstaaten verschickt. Insgesamt wurden bis einschließlich Oktober 328 Werke demontiert.

Die interalliierte Reparationsagentur in Brüssel verteilte im Oktober 400 000 Tonnen Ausrüstungen von 58 Werken mit einem Reparaturwert von 109 Millionen Mark. Großbritannien erhielt hierbei Maschinen im Reparaturwert von 13 Millionen Mark allein aus der August-Thyssen-Hütte.

Insgesamt sind der interalliierten Reparationsagentur 341 Werke mit einer Million Tonnen Ausrüstungsgut im Reparaturwert von 464 Millionen Mark angemeldet worden. 171 000 Tonnen Ausrüstungsmaterial mit einem Reparaturwert von 62 Millionen Mark wurden noch nicht verteilt. Im Oktober arbeiteten 15 712 Arbeiter an der Demontage.

In dem britischen Bericht wird betont, die interalliierte Reparationsagentur habe

beschlossen, ihr Verteilungsverfahren zu ändern, um die Reparationswerte so früh wie möglich an die Empfängerstaaten abliefern zu können.

Durch den im deutsch-alliierten Petersberg-Abkommen vorgesehenen Demontage-

## Wer hat Dr. Böckler beauftragt?

Dr. Adenauer ist stolz auf die Mitarbeit Dr. Böcklers — Protest der Gewerkschaftsfunktionäre — Ueberall Ortsausschüsse

Düsseldorf. (Eig. Meld.) Die Echtheit der von Dr. Adenauer in der letzten Bundestagssitzung vorgelesenen zustimmenden Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde von vielen Abgeordneten, aber auch von fast allen Gewerkschaftlern angezweifelt. Auf einer Pressekonferenz erklärte Dr. Adenauer erneut, daß ihm beim Büro Dr. Böcklers in Düsseldorf die Richtigkeit der Zustimmungserklärung bestätigt worden sei.

Auf die Frage unseres Berichterstatters, ob Dr. Böckler an der Abfassung der zustimmenden Botschaft beteiligt gewesen sei, betonte Dr. Adenauer: „Jawohl, Dr. Böckler war beteiligt.“ Dr. Adenauer war sehr stolz darauf, daß die Gewerkschaften bereit seien, in der deutschen Vertretung der Ruhrbehörde mit ihm zusammenzuarbeiten. Es sei wichtig, daß die Gewerkschaften die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen unterstützen.

In vielen Orten wurde am Samstag bereits von den Funktionären der Gewerkschaft

stop werden 500 000 Tonnen Material vor der Demontage bewahrt. Nach neuesten Berichten müssen noch 200 000 Tonnen Material abgebaut werden, vor allem in elf großen Werken.

Diese Ziffern vermitteln die Größe des Ausmaßes der Industriezerstörungen durch die Demontage in Westdeutschland. Dabei sind sie nicht beendet, sondern gehen trotz oder gerade mit dem Petersberg-Abkommen weiter. Die angegebenen Ziffern der Gutschriften auf Reparationskonto drücken nur ein Geringes des wirklichen Verlustes aus. Auf Reparations-Konto wird uns kaum mehr wie der Schrottwert für die demontierten Industrieanlagen gutgeschrieben.

verlangt, daß sofort Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden, in denen zu der Erklärung Böcklers Stellung genommen werden soll. Die Gewerkschaftler sind der Auffassung, daß eine so wichtige Entscheidung nicht vom Gewerkschaftsvorstand allein getroffen werden dürfe. Noch viel weniger von einzelnen ihrer Mitglieder. Die zustimmende Erklärung Dr. Böcklers hat Adenauer eine wichtige Waffe im Kampf gegen die schaffende Bevölkerung in Westdeutschland in die Hand gegeben, betonen viele Gewerkschaftsfunktionäre. In Kreisen sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre ist man über die Stellungnahme Böcklers empört. Wir verlangen gehört zu werden. Das ist das mindeste, was man verlangen kann, erklärten diese alten Gewerkschaftsfunktionäre. Es darf erwartet werden, daß in den vorgesehenen Gewerkschaftskonferenzen, die auf örtlicher und kreislicher Basis stattfinden, das Vorgehen Böcklers und die Zustimmung zum Adenauer-Kurs nicht gebilligt wird.

## Die Auserwählten Adenauers

Ehemalige Nazis mit Ausarbeitung des Beamtengesetzes beauftragt — Gewerkschaft protestiert

Stuttgart. (Nach ap) Der Vorstand der Gewerkschaft „Öffentliche Dienste“ gibt ein Flugblatt heraus, in dem er gegen das von der Bundesregierung verbriefte Beamtengesetz protestiert und den an der Ausarbeitung maßgeblich Beteiligten nationalsozialistische Vergangenheit und Antisemitismus vorwirft.

Der Leiter der Personalkommission in der Bundeskanzlei, Dr. Glogke, der von Adenauer mit der Ausarbeitung des Gesetzes beauftragt worden ist, hat, so heißt es in dem Flugblatt, in einem 1935 in der Münchener Buchhandlung Beck erschienenen Kommentar zur Nürnberger Rassegesetzgebung u. a. gesagt: „Staatsbürger kann nur sein, wer deutschen Blutes ist.“ Außerdem habe er Juden diskriminierend behandelt.

Die Gewerkschaft wendet sich weiter gegen Arthur Hesse, den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, mit dessen Einverständnis der Entwurf des Beamtengesetzes ausgearbeitet wurde. Hesse ist seit 1933 Mitglied der NSDAP gewesen. Als Sachbearbeiter für jüdische Angelegenheiten beim Finanzamt in Baden im Jahre 1939 habe er sämtliche jüdischen Hilfesuchenden abgewiesen. Abschließend wendet sich die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste“ in ihrem Flugblatt gegen Pressmeldungen, wonach sie in der Frage des Beamtengesetzes die Hohe Kommission um Hilfe gebeten habe. Die Gewerkschaft fordert erneut, daß jeder Beamter werden kann, der die geistigen und charakterlichen Voraussetzungen erfüllt.

## Schamlos offen!

in der Erörterung der westdeutschen Remilitarisierung

Die Remilitarisierung Westdeutschlands steht in der gesamten westlichen Welt zur Debatte. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die Zeitungen der Weltpresse diesem Thema breiten Raum in ihren Spalten geben, und es gibt wohl keinen namhaften Militär, der nicht dazu seine Meinung äußert und ein Stück seiner Pläne offenbart. Eingehend wird der Platz ausgehandelt, auf dem Westdeutschland in der militärischen Einkreisungspolitik des Westens gegen die Sowjetunion zu stellen gewillt ist, und fast leidenschaftlich wird über die Rolle gestritten, die es dabei spielen soll.

Dazwischen lesen wir die Dementis, daß gar keine Pläne mit Westdeutschland in dieser Richtung existieren sollen. Der amerikanische Verteidigungsminister erklärte bei seiner Ankunft in Frankfurt: „Deutschland wird nicht auferüstet“. Das soll auch offiziell klingen.

Trotz ähnlicher Dementis von der Pariser Konferenz der drei Außenminister erhält sich hartnäckig die Version, daß man dort doch davon gesprochen haben müsse. Diese Meinung hat die Logik vollkommener auf ihrer Seite, denn: Einschluß in den Marshallplan, in die westeuropäische Union und die Beteiligung am Atlantikpakt stellen kategorisch diese Frage. Die Art und Weise der Beteiligung und die Aufgaben, die man dabei Westdeutschland zuteilen will, sind noch nicht auf den Millimeter ausgeklümmelt. Es besteht auch keine Veranlassung, konkret diese Planungen zu veröffentlichen, so lange sie noch nicht fertig sind, vielleicht aber erst recht nicht, wenn man sie unter Dach und Fach gebracht hat. Deshalb kann man ruhig einstweilen „dementieren“.

Mittlerweile gehen die Remilitarisierungsgespräche lustig weiter. Das Für und Wider einer „aktiven militärischen Rolle“ Westdeutschlands in den strategischen Planungen des Westblocks wird breit ausgewälzt. Fünf oder fünfundsiebzig Divisionen, schwer oder leicht bewaffnet, eigene Kriegsproduktion oder nur Lieferung von Kriegsausrüstung sind einige der dabei erörterten Fragen. Ob eigener Militarismus oder nur das Stellen von Rekruten innerhalb des Rahmens der Westunion, erhitzt die Gemüter. Alles scheint von dem Gesichtspunkt der vielgerühmten Sicherheit des Westens aus betrachtet zu werden. Es wird wenig sichtbar, was an eigentlichen Gründen hinter der konkreteren Behandlung des Problems liegt. Fünf oder fünfundsiebzig Divisionen für Westdeutschland, ihre Ausrüstung, ist eine Frage des Könnens der USA und auch eine Frage der Verteilung des Kriegspotentials unter ihre westeuropäischen Vasallen. Damit ist man noch nicht zurande gekommen. Eigene Rüstungsproduktion oder nur Lieferung von Kriegsmaterial ist eine „Sicherheitsfrage“. Gewiß, nur nicht in dem Sinne, wie die berühmte Sicherheit in der westlichen Propaganda gewöhnlich gemeint ist. Die Elbe als „Verteidigungslinie“ erscheint im Lichte dieser Gespräche gar nicht so sicher zu sein, und vielleicht hat man die Beruhigung noch nicht einmal, wenn man vom Rhein spricht. Auch ein Gesichtspunkt bei der Frage: Kriegsrüstung in Westdeutschland oder nur Lieferung von Kriegsmaterial.

Wir glauben durchaus, daß man bei all diesen Fragen noch nicht bei einem fix und fertigen Plan angekommen ist. Aber uns genügt auch das schon, was man „gnädigerweise“ mit uns vor hat. Denn, daß das deutsche Volk auch eine Meinung haben könnte, die dazu nicht die Dr. Adenauers, Pferdengedanken der Remer und Konsorten ist, auf den Gedanken scheint man in den westlichen Hauptstädten garnicht gekommen zu sein. Nach den „erfreulichen Erfahrungen“ der westdeutschen Alliierten mit dem Petersberger Abkommen erst recht nicht. Deshalb ist man auch so schamlos offen im Ausrechnen, wieviel Soldner Westdeutschland stellen, wieviel Zeit man im Ernstfalle durch ihr Aufopfern am „ersten Wall gegen Osten“ gewinnen und welche strategischen Vorteile für die Verteidigung des Westens ein zerstörtes Deutschland bieten könnte.

Alle Dementis über die Pläne einer westdeutschen Remilitarisierung besagen garnichts. Stimmungsgemäß muß vorbereitet werden. Das tut man. Soweit ist man noch nicht, daß die Gestellungsbeefehle an die deutschen Rekruten für fremde Dienste ausgegeben werden, aber, daran dürfte kein Zweifel bestehen: man ist dabei, sie auszuarbeiten. - W. G. -

## Warum so lange unbekannt?

Französische Kommission prüft Dachauer Gräberfunde

München. (dpa) Ein vierköpfige französische Kommission der Föderation der Internierten und Deportierten untersucht augenblicklich die Massengräber bei Dachau, die erst kürzlich entdeckt wurden. Die Kommission, der zwei Abgeordnete der französischen Nationalversammlung angehören, wurde entsandt, nachdem Außenminister Schuman auf eine Interpellation hin eine Debatte über die Gräberfunde in der Nationalversammlung für den 9. Dezember zugesagt hatte. Die Kommission prüft, was aus dem Gelände werden soll und wie es möglich war, daß die Gräber so lang unbekannt geblieben sind. In der letzten Ministerratssitzung in Bayern war Dr. Müller mit der weiteren Behandlung der Gräberfunde beauftragt worden.

Deutsche Gewerkschaftsgelder gehen nach London

Vor der Gründung der Internationale der Gewerkschaftspalter

London (nach dpa). Die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung hat dem sogenannten 'Freien Weltgewerkschaftsbund', der aus den vom WGB abgestellten Gruppen in der kommenden Woche in London gebildet werden soll, einen Betrag von 3000 Pfund Sterling zur Verfügung gestellt.

Frankfurt (dpa). Acht Gewerkschaftsfunktionäre, darunter Dr. h. c. Hans Böckler, Ludwig Rosenberg und August Schmidt, sind am Sonnabend als Vertreter der westdeutschen Gewerkschaften nach London abgereist.

Die Stuttgarter 'Volksstimme' schreibt zu diesen Meldungen: Wir haben mit Gewerkschaftsmitgliedern über diese Handlungsweise des Bundesvorstandes gesprochen. Die Entrüstung darüber ist stark, daß sich der Bundesvorstand, ähnlich wie bei den Verlautbarungen über die Ruhrbehörde im Zusammenhang mit der Außenpolitik Aden-

aurs ein Mandat erteilt, das keineswegs von dem einhelligen Willen der Mitglieder getragen ist. Der Gegenantrag auf dem Münchener Gründungskongreß zu dem Beschlusse, an der Londoner Späterinternationalen teilzunehmen, sollte der neuen Gewerkschaftsführung gezeigt haben, daß man mit einem solchen Vorgehen nicht nur der Sache der gesamten Gewerkschaftseinheit schwersten Abbruch tut, sondern auch die innere Geschlossenheit des Deutschen Gewerkschaftsbundes gefährdet.

ist, den Kampf gegen den reaktionären Kurs der Adenauer-Regierung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu führen.

Reuter:

„Kampf gegen den Kommunismus“

Stuttgart (Eig. Ber.). Am Samstagmittag traf der Präsident des amerikanischen Automotoren - Arbeiterverbandes, Walter Reuter, zu einem kurzen Besuch in Stuttgart ein. Bei seinem Empfang auf dem Flughafen Echterdingen hakte sich der Generalsekretär des württembergisch-badischen Gewerkschaftsbundes, Wilhelm Kleinknecht, der Vorsitzende des Betriebsrates der Firma Daimler-Benz AG, sowie Mr. Freeman als Vertreter des Landeskommissars eingefunden.

Reuter gab den anwesenden Pressevertretern nach seiner Ankunft ein kurzes Interview. Er betonte die Notwendigkeit der 'Hebung des Lebensstandards'. Auf dieser 'positiven Basis' müsse der 'Kampf gegen den Kommunismus' geführt werden. Reuter flog am Samstag zum internationalen 'Gewerkschaftskongreß' nach London weiter.

Die Sowjetunion bietet uns Vorteile!

Pierre Cot in der französischen Nationalversammlung: Eingliederung Deutschlands in den Atlantikpakt wird eine neue Hitlerära heraufbeschwören

Paris. (ap) Während der Deutschlanddebatte der französischen Nationalversammlung, die sich praktisch ohne Unterbrechung vier Tage hinzog, erklärte der Abg. Pierre Cot, daß die Bestrebungen zur Eingliederung Deutschlands in die westeuropäische Union eines Tages zu einer neuen Hitlerära in Deutschland führen würden.

Pierre Cot meinte, die einzige Methode, die Explosivkraft Deutschlands zu bändigen, wäre eine Verständigung zwischen Ost- und Westmächten. Wenn man eine solche Verständigung außer acht lasse, könne der Fall eintreten, daß die Sowjetunion auch Westdeutschland auf ihre Seite bringe. Die Sowjetunion könne den Deutschen zwei große Vorteile bieten, nämlich die Einheit Deutschlands und Absatzmärkte in Osteuropa.

Einen Antrag der Kommunistischen Fraktion, die Regierungspolitik zu mißbilligen, lehnte die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit ab. Der Antrag forderte gleichzeitig die Kündigung der Mitgliedschaft Frankreichs in der Organisation des Atlantikpaktes.

Die Debatte in der Nationalversammlung endete mit der Annahme einer Resolution durch die bürgerliche Mehrheit. Im wesentlichen wird darin die bisherige Deutschlandpolitik der französischen Regierung gebilligt.

Die „zweite Runde“

Aufrüstung Israels und der Araber Atlantic City. (dpa) Der israelische Außenminister Mosche Scharetz erklärte am Samstag in Atlantic City, sowohl die

Araberstaaten als auch Israel rüsten gegenwärtig auf. Die Araberstaaten 'raseln mit dem Sabel', das Ziel Israels sei es, einen dauerhaften Frieden zustande zu bringen. Scharetz sprach in einer Sitzung der amerikanischen Hilfsorganisation 'United Jewish appeal' und beschuldigte die Araber-Nationen, sie nutzen die Bemühungen um eine Versöhnung im Palästinafall dazu aus, echten Verhandlungen auszuweichen und gleichzeitig den Anschein zu erwecken als ob sie sich um den Frieden bemühten. Die Versöhnungsverhandlungen seien nutzlos, solange sich die Araber dieser Methode bedienten.

Der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion erklärte in einer an die Hilfsorganisation gerichteten Botschaft, die arabische Führung spreche jetzt sehr viel von einer 'zweiten Runde' in der Auseinandersetzung mit Israel. Die Araberstaaten, die sich im Palästinafall erfolgreich beteiligten, wiesen die israelischen Friedensangebote zurück.

Ausnahmezustand in Nigeria

London. Einer UP-Meldung zufolge hat das britische Kolonialamt den Ausnahmezustand über ganz Nigeria verhängt. In Nigeria versuchte die Polizei einen Bergarbeiterstreik mit Waffengewalt zu unterdrücken. 17 Streikende wurden dabei von der Polizei getötet, worauf das ganze Land von einer Welle der Empörung ergriffen wurde. Mit dem Ausnahmezustand sollen die ausgebrochenen Unruhen besser durch die Polizei niedergehalten werden.

Zuspitzung in Panama

Panama City. Die Lage in Panama, die durch den Streit um den Präsidentenposten entstanden ist, hat sich am Wochenende weiter zuspitzt. Verschiedentlich kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Streikenden.

Dr. Arias, der am Donnerstag als dritter Präsident Panamas innerhalb von fünf Tagen mit Hilfe des Polizeichefs in sein Amt eingesetzt worden war, erklärte in einer Rundfunksprache, daß die Feinde des augenblicklichen Regimes unter Ausnutzung der Streiklage das Land ins Chaos (die berühmte uralte und neue Formel d. R.) stürzen wollten. Inzwischen ist der frühere Präsident Chiminez verhaftet worden.

Kanalzone Asyl panamaischer Ex-Präsidenten

Die Ereignisse der letzten Tage haben dazu geführt, daß drei ehemalige Präsidenten von Panama in der von den USA kontrollierten Panama-Kanalzone Zuflucht gesucht haben. Innerhalb von fünf Tagen hat die Republik Panama drei Präsidenten erlebt.

Die drei geflüchteten Präsidenten sind Dr. Chanis, der am vergangenen Sonntag von dem Polizeichef Remon zum Rücktritt gezwungen wurde, Enrique Jimenez, der die Präsidentschaft von 1945 bis zum Juli 1948 inne hatte und dessen Vorgänger, Ricardo Adolfo. Außer den drei Ex-Präsidenten sind

50 weitere Personen in die Kanalzone geflüchtet, unter ihnen der Präsident des Gerichtshofes und zwei frühere Minister.

Die Lage in Panama war am Sonntag völlig ungeklärt. Da der Generalstreik andauert, werden die Lebensmittel knapp. Die Fleischer- und Bäckerläden sind geschlossen und der Verkehr liegt still. Obwohl der neue Ministerpräsident Aleman am Sonntag erklärte, es seien keine Verhaftungen angeordnet worden, laufen Gerüchte über die Verhaftung zahlreicher führender Politiker um. (nach Reuter)

Wahlen unter Ausnahmezustand

Bogota. Die kolumbianische Regierung verhängte am Wahlsonntag eine Ausgangsbeschränkung von 7 Uhr abends an. Kürzlich von der Bruder des liberalen Parteiführers Dr. Echandia einem politischen Mordanschlag zum Opfer gefallen. Dr. Echandia selbst war bei dem Attentat unverletzt entkommen.

Der Konflikt zwischen dem konservativen Präsidenten Ospina Perez und dem von einer liberalen Mehrheit beherrschten Kongreß soll seit Anfang September bereits 2000 Personen das Leben gekostet haben. Der Kongreß erkennt das vom Präsidenten verfügte Auflösungsdekret nicht an und steht auf dem Standpunkt, daß Ospina Perez seine verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten hat. (nach Reuter)

Der Bauernkrieg breitet sich auf ganz Italien aus

Rom. Die süditalienische Agrarkrise, die seit Oktober in Italien akut ist, greift jetzt auch auf die mitteltalienen Provinzen über. Aus Lucanien, Kampagnen und Latium werden Landarbeiterunruhen gemeldet. In Norditalien erklährt die Industriearbeiter, die um Land kämpfenden Bauern und Landarbeiter zu unterstützen. Wie die 'Giornale d'Italia' aus der sizilianischen Provinz Catania berichtet, beteiligen sich dort auch Mitglieder der christlich demokratischen Gewerkschaft an der Landbesetzung.

Die Regierung de Gasperi hat sich verrecknet, als sie glaubte, um eine wirklich durchgreifende Agrarreform damit hinwegzukommen, daß sie den süditalienischen Bauern und Landarbeitern einen winzigen Brocken zuwarf. Mit Scheinzugeständnissen ist dem landhungrigen Bauernvolk Italiens nicht gedient. Die Meldungen besagen nichts anderes, als daß die Bewegung gegen die Großgrundbesitzer und die sie schützende De-Gasper-Regierung vor Erreichung ihres Zieles nicht zur Ruhe kommen wird.

Die Kommunisten und Nenni-Sozialisten sind die aktiven Führer der Bauern- und Landarbeiter. In den bisherigen Maßnahmen der Regierung, die diese gezwungenermaßen ergreifen mußte, wird nur ein 'Tropfen auf einen heißen Stein' gesehen. Die Lage für die anderen Parteien und die Regierung wird von Tag zu Tag schwieriger, denn die eigene Anhängerschaft unter den Bauern und Landarbeitern kämpft Seite an Seite mit den Kommunisten und Sozialisten. (Nach dpa).

land darf etwas mehr unmoderne, konkurrenzunfähige Schiffe bauen - das ist der tatsächliche Gehalt der mit soviel Tamtam angekündigten 'Lockerungen'. Deutscher Schiffbau und deutsche Schifffahrt, die in der Welt führend waren, bleiben weiter 'außer Konkurrenz' und das war ja wohl die Hauptsache bei den Lockerungen.

„Ein Stein vom Herzen“ - auch in der Anilin?

Die Bekanntheit des Abkommens zwischen dem Bundeskanzler und der Hohen Kommission wurde natürlich in einem Teil der Presse mit überschwinglichen Lobeshymnen und Freuden ausbrüchen begleitet. Man sprach von einer 'neuen Aera' und daß den Werksangehörigen in den von Demontage bedrohten Betrieben 'ein Stein vom Herzen gefallen sei'. Hören wir einmal, wie die Werksleitung des von der 'Demontage erleichtert' auch 'betroffenen' Badischen Anilin- und Sodafabrik in unserer Nachbarstadt Ludwigshafen a. Rh. sich dazu äußert: 'Daß nach dieser Entscheidung von unserem schon so hart geprüften Werk noch zu bringende Opfer ist schwer. Die ganze Belegschaft ist bitter enttäuscht, daß gerade ihrem Werk, dem die Welt die technische Entwicklung der Ammoniak- und Methanol-Synthese verdankt, ein solches Opfer auferlegt wird. ... Vermehrte Sorge um die Arbeitsplätze, das ist also die frohe Weihnachtsbotschaft für die Anilin-Arbeiter in dem Abkommen zwischen dem Bundeskanzler und der Hohen Kommission. Auch auf manchen anderen Freudenrausch wird die Ernüchterung noch folgen. Argus

Wer ist Stalin?

Tatsachenbericht aus dem Leben eines großen Revolutionärs

Der zu Tode erschrockene Zar gibt leere Versprechungen

Vom Anbeginn der ersten russischen Revolution verfiel und verwirklichte Stalin entworfenen die Leninsche Strategie und Taktik in der Revolution. Die Leninsche Idee von der Hegemonie des Proletariats in der Revolution, die Leninsche Idee vom Hinüberwachen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution. In dem Aufbruch des Tifliser Komitees des Kaukasischen Bundes der SDAPR aus Anlaß der Bankett-Kampagne der Tifliser Liberalen hieß es:

„Nicht das feige Wort der Liberalen, sondern unser c.enes und kühnes Wort soll in ganz Rußland erschallen. Nicht die Liberalen, sondern wir müssen in der gesamten revolutionären Bewegung den Ton angeben. Wir müssen die demokratische Republik mit allgemeinem Wahlrecht fordern, wir müssen sowohl gegen die Selbstherrschaft als auch gegen die Bourgeoisie kämpfen.“

Der Generalstreik im Oktober, der die Kraft und die Stärke der proletarischen Bewegung offenbarte, zwang den zu Tode erschrockenen Zaren, das Manifest vom 17. Oktober zu erlassen. Dieses Manifest, das dem Volke allerlei Freiheiten versprach, war ein Betrug an den Volksmassen, ein Winkelzug des Zaren, eine Art Atempause, die der Zar brauchte, um die Leichtgläubigen einzuschläfern, Zeit zu gewinnen, Kräfte zu sammeln und dann gegen die Revolution loszuschlagen. Die Bolschewiki klärten die Massen darüber auf, daß das Manifest vom 17. Oktober eine Falle sei. Das 'Oktobermanifest' findet Stalin in Tiflis im Höhepunkt des Kampfes für den Leninschen taktischen Plan, für die bolschewistische Lösung der Revolution. Am gleichen Tage sagte Stalin in seiner Rede auf einem Arbeitermeeting:

„Was brauchen wir, um wirklich zu siegen? Dazu sind drei Dinge nötig: erstens - Bewaffnung; zweitens - Bewaffnung, drittens - Bewaffnung und noch einmal Bewaffnung.“

Die große Aufgabe In der von Stalin im November 1905 verfaßten Proklamation des Tifliser Komitees des Kaukasischen Bundes der SDAPR verfocht er den Gedanken, daß für den Sieg der Revolution der bewaffnete Volksaufstand notwendig sei, und schrieb:

„Der in seiner Großartigkeit nicht nur in der Geschichte Rußlands, sondern auch der ganzen Welt noch nie dagewesene, beispiellose Generalstreik, der sich jetzt abspielt, kann vielleicht heute zu Ende gehen, ohne in den Volksaufstand unzusammenhängend, aber nur, um morgen erneut und mit noch größerer Gewalt das Land zu erschüttern und in jenen grandiosen bewaffneten Aufstand überzugehen, der die uralte Fehde des russischen Volkes mit der zaristischen Selbstherrschaft entscheiden und diesem abschließlichen Ungeheuer den Kopf zerschmettern muß ... Der bewaffnete Volksaufstand - das ist die große Aufgabe, die gegenwärtig von dem russischen Proletariat steht und gebieterisch ihre Lösung heischt!“

In dieser Zeit leistete Stalin eine gewaltige revolutionäre Arbeit in Transkaukasien. Unter Führung Stalins faßt die IV. bolschewistische Konferenz des Kaukasischen Bundes der SDAPR (November 1905) den Beschluß, den Kampf für die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstands, für den

Boykott gegen die zaristische Duma, für die Entwicklung und Festigung der revolutionären Organisationen der Arbeiter und Bauern - der Sowjets der Arbeiterdeputierten, der Streikkomitees, der revolutionären Bauernkomitees - zu verstärken. Stalin entlarvte und bekämpfte die Menschewiki als Gegner der Revolution und des bewaffneten Aufstands. Unentwegt bereitete er die Arbeiter zum entscheidenden Kampf gegen die Selbstherrschaft vor. Ganz Transkaukasien wurde von den Flammen des revolutionären Brandes erfaßt. Schon der III. Parteitag hatte in der von Lenin vorgeschlagenen Resolution „Aus Anlaß der Ereignisse im Kaukasus“ die Tätigkeit der bolschewistischen Organisationen Transkaukasasiens als der „kämpferischsten Organisationen unserer Partei“ besonders hervorgehoben und die gesamte Partei aufgefordert, sie mit allen Mitteln zu unterstützen.

Stalin in Finnland Im Dezember 1905 reist Stalin als Delegierter der transkaukasischen Bolschewiki zur Ersten Allrussischen bolschewistischen Konferenz nach Tammerfors (Finnland). Auf der



W. M. Molotov (Skrjabin), engster Mitarbeiter Stalins, begann seine revolutionäre Laufbahn 1905 in studentischen Kreisen in Kasan. In das Jahr 1912 fällt seine erste Begegnung mit Stalin, der damals die „Prawda“ herausgab. Heute ist Molotov einer der bedeutendsten Organisatoren und Leiter der Bolschewistischen Partei und des Sowjetstaates. In einer Rede vor seinen Wählern erklärte er im Jahre 1946: „Die wirklichen Anhänger des Friedens und der Sicherheit der Völker werden auch weiterhin in der Sowjetunion einen treuen Verbündeten und eine zuverlässige Stütze finden.“

Tammerforsener Konferenz begegnete sich Lenin und Stalin zum ersten Male persönlich. Die Konferenz wählte Genossen Stalin in die politische Kommission zur Redigierung der Resolutionen der Konferenz, auf der er zusammen mit Lenin als einer der hervorragenden Führer der Partei arbeitete. (Fortsetzung folgt)

Randbemerkungen

Wir wollen nicht mehr!

Wenn auch die Befürworter einer deutschen Remilitarisierung im Inland und Ausland infolge der von allen Seiten kommenden scharfen Ablehnung etwas zurückhaltender geworden sind, so bedeutet das nicht, daß sie ihre Pläne aufgegeben haben, und die Friedliebenden in den Westzonen werden sehr wachsam bleiben müssen. Es wird vor allen Dingen nicht die jüngste Vergangenheit vergessen dürfen. Wie klar der einfache Mann aus dem Volke die Zusammenhänge erkannt hat, das ist aus einer Zurschrift an die Zeitung „Rheinpfalz“ ersichtlich, aus der wir einige markante Ausführungen wiedergeben. Ein W. R. aus Kaiserslautern schreibt: „In der Folge erwies sich, daß das Ziel der Westmächte, Deutschland und Rußland in einem mörderischen Zweikampf verbulten zu sehen, nur im Fall des ersten als erreicht angesehen werden konnte. Nun wurde wieder alles anders und aus dem „großen Freund“ wurde wieder der Diktator. Nicht mehr lange und wieder wird der Ruf ertönen: „The Germans to the front“. Aber wir wollen nicht mehr! Wir wollen nicht für fremde Interessen zwischen Elbe und Rhein verbulten. Wir haben nichts vergessen, auch nicht jene Zeit, da man glaubte, aus Deutschland einen Kartoffelacker machen zu können, und denken nicht im entferntesten daran, für täglich 10 Lucky strike unter den Emblemen der Westunion neuerdings „gen Osten“ zu marschieren.“ So bald die an einer neuen deutschen Wehrmacht interessierten Kreise erkannt haben werden,

daß das gesamte deutsche Volk der gleichen Meinung ist und daran festhält, wird die Kriegsgefahr vorüber sein, denn wenn man die eigene Haut zu Markte tragen muß, wird man vorsichtiger.

Schon im Bau veraltete Schiffsneubauten Die sogenannten „Lockerungen“ der dem deutschen Schiffbau derzeit auferlegten Beschränkungen haben sich bei Bekanntgabe der Einzelheiten als das herausgestellt, was unvoreingenommene Beobachter von Anfang an erwartet hatten: als eine nur für den ahnungslosen Laien zu Propagandazwecken bestimmte, praktisch bedeutungslose „Optische Täuschung“. Die entscheidenden Beschränkungsbestimmungen für den deutschen Schiffbau und Schifffahrt bleiben bestehen. Da ist zunächst das Verbot des Baues von Passagierdampfern, die ja bekanntlich wichtige Devisenbringer für die deutsche Wirtschaft waren. Es bleibt auch die Beschränkung auf die völlig unzureichende Geschwindigkeit von 12 Seemeilen und auf einen Raumgehalt von höchstens 7200 BRT pro Schiff und 650 BRT pro Fischdampfer, sowie das Verbot des Baues bzw. der Verwendung von Motorschiffen. Das Deutschland sechs größere und schnellere Schiffe kaufen darf, nützt dem deutschen Schiffbau nichts, sondern nur den Ländern, die überzählige und nicht mehr vollwertige Schiffe an Deutschland loswerden können. Da die deutschen Werften auch für das Ausland nur solche Schiffe bauen dürfen, die den Beschränkungen des eigenen Schiffbaus unterliegen, so kommen natürlich Devisen bringende Neubau-Aufträge aus dem Ausland für deutsche Schiffswerften nicht in Frage. Deutsches

Pressestimmen

Der Hunger ist in China Hauptproblem Die amerikanische Chinapolitik befindet sich gegenwärtig in einem interessanten Stadium der Labilität. Niemand weiß recht, wie sie aussehen wird. Es mag klug sein, für eine kurze Zeit nichts zu unternehmen, aber genau so klug wäre es, wenn wir unterdessen ein wenig in unseren eigenen Köpfen aufräumen wollten, denn was die Chinesen angeht, findet sich eine erstaunliche Menge Getümpel in unseren geistigen Bodenkammern.

Noch immer belasten jahrhundertalte Bruchstücke falschen Wissens das Denken. gepaart mit neuen Irrtümern, die von Leuten stammen, die vor kurzem in China waren und dort eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen hatten. Es wird so schnell nicht möglich sein, unsere Rumpelkammern von den Ueberresten eines Jahrhunderts zu befreien, doch könnten gewisse weitverbreitete und störende Märschen endgültig über Bord geworfen werden. Als erstes wäre das Märschen vom Hunger als China Hauptproblem zu beseitigen. Es wird schwer sein, dieses Märschen abzutun, da es eine einfache Erklärung für die Schwierigkeiten des Landes bietet.

Tatsache ist, daß nicht der Hunger Chinas Hauptproblem darstellt. Jeder, der vor dem Krieg in China gelebt hat, weiß, daß trotz fortdauernder örtlicher Bürgerkriege die Chinesen herzhaft und gut gegessen haben, wie sie das tatsächlich schon sehr lange

tun. Gewiß gab es gelegentlich Hungersnöte, aber nicht als Folge eines natürlichen Nahrungsmangels. Sie waren das Ergebnis von Ueberschwendung und Dürre. Ueberschwendung und Dürre können nicht immer verhindert werden, aber sie sind örtlich begrenzt.

Das riesige China, um so viel größer als die USA, könnte leicht jede örtliche Hungersnot beheben, wenn es genügend Straßen hätte. Von Pearl S. Buck in der „Neuen Zeitung“, Frankfurt.

Forderung auf Abzug der Besatzung nicht zu übersehen

Der Rückzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Ostdeutschland nach Westpolen, ist einer der Pläne, den nach Ansicht der deutschen Kommunisten in Berlin die Russen in Erwägung ziehen ...

Eine derartige Bewegung würde die Westmächte und die Bonner Regierung zweifelslos herausfordern. In Westdeutschland würde sicherlich eine starke Strömung zugunsten des Rückzuges der amerikanischen, britischen und französischen Truppen aufkommen. Diese Forderung würde einmal auf der natürlichen Abneigung der Besatzung und zum anderen auf dem in Westdeutschland weitverbreiteten Glauben beruhen, daß, wenn die Russen abziehen, die westliche Bevölkerung in Verbindung mit der unterdrückten Mehrheit in Ostdeutschland, mit der Volkspolizei und der kommunistischen Bürokratie fertig werden könnte. Keine Regierung in Bonn könnte es sich leisten, eine derartige Bewegung zu übersehen, besonders weil sie mit einem starken Wunsch nach der Einheit Deutschlands verbunden ist. Die Westmächte wären, wenn sie sich der Forderung der Bundesregierung auf Abzug ihrer Truppen gegenübersehen würden, in einer schwierigen Lage ...

Eine Antwort hierauf wäre, Deutschland eine modifizierte Aufrüstung bis zu sechs oder sieben Divisionen zu gestatten. Obwohl dieses Vorhaben von einigen offiziellen Persönlichkeiten in Deutschland begünstigt würde, glauben nur die größten Optimisten, daß dieser Plan angesichts der gerechtfertigten Furcht vor einer deutschen militärischen Wiedererstarkung verwirklicht werden könnte, die in Westeuropa und in kleinerem Maße, vielleicht auch in den Vereinigten Staaten, besteht. „New York Times“

# MANNHEIM

## Schönau im Dunkeln

(-m-) Wir sind ja, was Verdunkelung anbelangt, vom dutzendjährigen Reiche her noch allertand gewöhnt, aber was auf der Schönau nächtlicherweise herrscht, kann mit der berühmten ägyptischen Finsternis absolut konkurrieren. Wehe dem Ortsfremden, der da zur Nachtzeit herübertritt, er wird sein blaues Wunder erleben. Dem Einheimischen, falls er nicht mit einem besonderen Tastsinn wie die Katzen ausgestattet ist, geht es nicht viel besser. Man stolpert, Verwundungen ausstoßend und alle Verantwortlichen bis ins zehnte Glied verflucht, durch die schwarze Nacht, fällt über Feldsteine und Stacheldrahtzäune und landet in Nachbarn Garten, vom ohrenbetäubenden Gebell aller Schönau-Hunde begleitet.

Bis zur Kreuzung Kattowitzer Zeile — Thorer Straße geht es noch. Was dahinter liegt, ist nach Einbruch der Dunkelheit nur sehr nebelhaft zu erkennen. Gänzlich finstern wird zwischen Schule und Siedlerheim, von den stillen Nebengassen ganz zu schweigen. Da wagt man jetzt im Novemberregen bei dem miserablen Zustand mancher Straßen knöcheltief durch Wasserlachen, was eine besondere Annehmlichkeit ist.

Während die Innenstadt abends schon beinahe feenhafter Glanz erhellt, ist unsere doch immerhin von über 4000 Menschen bewohnte Siedlung immer noch die Beute der Finsternis. Wie lange noch, verehrte Stadtverwaltung? Die Schönau ist ein sehr lebendiges Glied unserer lebendigen Stadt, eine Gemeinschaft fleißiger Siedler mit sehr aktiven geselligen Vereinen und kein Aschenbrödel, das man vornehm übersieht.

**Premiere im Eisstadion**  
Kombination Mannheim-Augsburg gegen EK Köln 3:3

Die kalte Witterung verlockte nicht zu einem Besuch des Mannheimer Eisstadions. Wenn trotzdem einige Tausend Unentwegte erschienen waren, um nach langer Pause wieder einmal einen Kampf um die Scheibe mizuerleben, so zeugt das von dem Interesse in Mannheim für das Eishockey-Spiel. Das angekündigte Aufstiegs-spiel zur Oberliga fiel aus ins Wasser und dafür wurden die Zuschauer aber reichlich entschädigt durch einen rassistischen Kampf einer aus Spielern der MSG und des Augsburgs Hockey-Clubs zusammengesetzten Mannschaft gegen den EK Köln. Im ersten Drittel waren die Mannschaften einander ebenbürtig und die Abwehr auf beiden Seiten ihrer Aufgabe gewachsen. Kurz vor dem ersten Wechsel konnte Nieder nach einem blitzschnellen Vorstoß mit nicht unhaltbarem Weitschuß die Kombinierten in Führung bringen. Im zweiten Drittel dominierten dann die Kölner mehr und sie konnten in dieser Phase des Spiels auch ihre drei Treffer anbringen, denen Nieder für die Kombinierten nur ein Tor entgegenzusetzen konnte. Im letzten Drittel hatten sich die Kombinierten dann besser zusammengefunden und vermochten durch ein drittes Tor von Nieder den verdienten Ausgleich zu erzielen. Ulli Kuhn füllte die Pausen mit Proben seines ausgezeichneten Könnens im Eiskunstlauf aus. Die Zuschauer waren trotz Regenschauer ganz bei der Sache und man sieht mit großen Erwartungen dem Erscheinen der Baiers am Mittwoch entgegen.

## Naheliegende Konsequenz

Willy Boepfle hat seinen Austritt aus der KPD erklärt. In dem Schreiben, indem er seinen Austritt begründet, vertritt er die Auffassung, daß eine weitere Mitgliedschaft für ihn keinen Sinn mehr habe. Wenn es eines Beweises der Berechtigung der Kritik der Partei an der Einstellung und Haltung Willy Boepfles bedürfte, dann hat er ihn mit seiner Austrittserklärung selbst gegeben. Sie zeigt, wie weit er sich bereits von der Partei entfernt hatte als er ihr noch formal angehörte. Willy Boepfle hat nunmehr selbst den Schritt getan, den die Partei hätte tun müssen.

Kommunistische Partei  
Kreisvorstand Mannheim

# Proteste helfen nichts - wenn die Menschen sterben

### OB und Fraktionsführer appellieren an die Bevölkerung

(-m-) Die sich mehrenden Protestversammlungen der Elternvereinigungen und der Erzieher in Mannheims Schulen gegen die von der Not diktierte Maßnahme des Stadtrates, 150 an Leben und Gesundheit bedrohte Familien in menschenunwürdigen Behausungen in den Volksschulen unterzubringen, gaben dem Oberbürgermeister Veranlassung, gemeinsam mit den Fraktionsführern des Stadtrates dazu öffentlich Stellung zu nehmen.

Der Oberbürgermeister führte dabei aus, daß die in diesen Versammlungen betriebene Agitation eigenartige Formen angenommen habe, die nicht unerörtert bleiben dürften. In der letzten dieser Versammlungen sei der Schuldezernent der Stadt, Beigeordneter Prof. Langer, förmlich niedergeschrien worden. Er wies deshalb erneut darauf hin, daß der Beschluß des Stadtrates einstimmig gefaßt worden sei, weil tatsächlich das nackte Leben der Bewohner der einsturzgefährdeten Häuser eminent bedroht sei und niemand mehr die

Verantwortung dafür übernehmen könne.

Selbstverständlich gingen die Bemühungen der Stadtverwaltung um Freigabe der leerstehenden Wohnungen beim Amerikaner weiter. Er habe selbst in den letzten Tagen bei den Mannheimer Repräsentanten des amerikanischen Hohen Kommissars und in Stuttgart mit dem Landeskommissar General Gross verhandelt, desgleichen mit dem zuständigen Befehlshaber General Handy, überall zwar Verständnis gefunden, doch kein positives Ergebnis erzielt.

Mannheim werde jetzt unter dem Zwang der Not zum Bau von Einfachwohnungen übergeben, die trotz primitiver Beschaffenheit dennoch 5000 DM pro Wohnungseinheit kosten.

Mannheim habe die schlechteste Finanzlage aller westdeutschen Städte, die Steuerkraft habe sich vermindert. Die Misere der Stadt habe gezwungen, an das Finanzamt eine Eingabe zur Abhilfe zu machen. Mannheim habe nie unverantwortliche Finanzpolitik betrieben

und Repräsentativbauten erstellt, wie zum Teil in den Elternversammlungen zum Ausdruck gekommen sei. Hingegen sei das Letzte zusammengekratzt worden, um den Wohnungsbau zu finanzieren.

Die Verhandlungen mit der Besatzungsmacht würden nicht unterbrochen. Er sei genötigt, den Stadtratsbeschluß durchzuführen. Protestversammlungen hilflos, wenn Menschen sterben würden. Den Manifestanten in den Elternversammlungen sei das ganze Ausmaß des Wohnungselendes in Mannheim wohl nicht bekannt; er, der Oberbürgermeister, wäre gerne bereit, die Teilnehmer an diesen Protestmeetings in Mannheim herumzuführen und ihnen die Elendsquartiere und die himmelstreichende Not ihrer Bewohner vor Augen zu führen.

Beigeordneter Riedel ergriff das Wort und gab bekannt, daß nach letzten Meldungen die Besatzungsmacht 949 Wohnungen mit 4149 Zimmern und 952 Küchen im Besitz habe; als eklatanteste Ziffer gab der Beigeordnete an, daß 500 Wohnräume davon seit vier Monaten völlig leerstünden. Der heiße Sommer habe den Verfall der einsturzgefährdeten Häuser noch mehr begünstigt, so daß schleunigst geräumt werden müsse.

Daß Mannheim auf dem Gebiet des Wohnungsbaues nicht müßig gewesen ist, bezeugte Stadtdirektor Platen mit nachstehenden Zahlen. In Mannheim wurden von Mai 1945 bis Oktober 1949 geschaffen:

Durch Instandsetzung und Reparatur: 15334 Wohnungen mit 40671 Wohnräumen, durch Neubauten: 811 Wohnungen mit 2128 Wohnräumen.

Die Fraktionsführer der KPD und SPD, Stadtrat Einmuth und Stadtrat Sommer, übten Kritik an der einseitigen Berichterstattung der Lizenzpresse über diese Elternversammlungen und wünschten eine verständnisvollere Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Beschluß des Stadtrates, der für das Leben der Bürger verantwortlich sei. Mit einem Appell an die Presse, die Dinge klar zu stellen, schloß der Oberbürgermeister die Konferenz.

## Ein Stadtratsbeschluß und seine Auswirkungen

Eine Erklärung von Stadtrat Peter Einmuth

Am 15. November faßte der Mannheimer Stadtrat den Beschluß, die Ruinen-,unker- und Kellerbewohner aus ihren für Gesundheit und Leben gefährlichen Behausungen herauszunehmen und in Schulräume, die zu diesem Zwecke freigemacht werden müssen, einzuweisen. Diese von der 'Not diktierte Maßnahme hat zweifellos zur Folge, daß der Schulbetrieb beeinträchtigt wird. Dadurch wurde der Protest der Eltern heraufbeschworen, wie dies in den bisher stattgefundenen Elternversammlungen zum Ausdruck kam.

Die Entscheidung, diesem Beschluß zuzustimmen, ist unserer Fraktion sehr schwer gefallen. Wir waren uns im klaren darüber, daß mit dieser Maßnahme das Problem der Ruinen-, Keller- undunkerbewohner nicht endgültig gelöst wird. Es war ein Beschluß, der aus der augenblicklichen Not geboren war.

Auf der einen Seite ist das Leben und die Gesundheit von Menschen sehr bedroht; sie in ihren Elendslöchern zu lassen, wäre eine Unverantwortlichkeit — auf der anderen Seite wird kein Mensch wünschen, daß unser Schulbetrieb, der nach 1945 in schwerer Arbeit mühsam wieder aufgebaut wurde, nun auf längere Zeit wieder eingeengt werden soll. Mit Recht wies Frau Stadtrat Langendorf in der Stadtratsitzung darauf hin, welche Gefahren entstehen, wenn der Schulbetrieb auf eine längere Tageszeit ausgedehnt wird. Zum anderen aber zeigte sie auch auf, daß der Großteil der im Kinderheim Sandfort untergebrachten Tbc-kranken Kinder aus den Bunker- und Kellerwohnungen kommen.

In der Stadtratsitzung wurde von der kommunistischen Stadtratsfraktion der Antrag eingebracht, Schritte einzuleiten, damit die schulfremden Zwecken vermieteten Schulräume freigemacht werden, die noch immer in Benützung von Behörden und Geschäftsleuten sind. Schon diese Zahl von ca. 200 Räumen würde die 150 beschlagnahmten Schulräume aufwiegen und der Schulbetrieb könnte ungehindert, wie bisher, weitergeführt werden. Es sei nicht unerwähnt, daß zur Zeit in der Neckarstadt eine Schule (Hildaschule) vollkommen an eine Firma vermietet ist. Wir sind der Auffassung, daß die Privatfirmen inzwischen sicher die Möglichkeit gehabt hätten, selbst Geschäftsräume zu schaffen, damit diese Schulräume wieder ihrem ursprünglichen Zwecke zugeführt werden könnten. Während die Hildaschule bis zum letzten Raume privat vermietet ist, leidet die in ihrer Nähe liegende Neckarschule an Überbelegung.

Unsere Fraktion beantragte weiterhin, daß die Stadtverwaltung sofort Schritte einleitet, um so schnell wie möglich in Leichtbauweise Wohnungen zu erstellen, damit die, die jetzt in Schulräume eingewiesen werden, so bald als möglich eine neue Wohnstätte bekommen, damit der Schulbetrieb nicht auf lange Zeit beeinträchtigt wird.

Wie schon so oft, brachte unsere Fraktion auch bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck, daß, wenn die von den Amerikanern beschlagnahmten Wohnräume, die zum Teil leerstehen, zurückgegeben würden, ebenso, wenn eine der zahlreichen Kasernen freigegeben würde, mit einem Schlage die dringendsten Wohnungsfälle geregelt werden könnten.

Es sei noch bemerkt, daß bei den durchgeführten Elternversammlungen entgegen der Bekanntgabe der Leiter dieser Versammlungen, alle Stadträte wären zu den Versammlungen eingeladen worden, von unserer Fraktion kein einziger Stadtrat eingeladen worden ist. Es wäre für uns eine Selbstverständlichkeit gewesen, zu den besorgten Eltern zu gehen und ihnen die Gründe darzulegen, warum es überhaupt zu diesem Beschluß gekommen ist.

Stadtrat Peter Einmuth.

fröhliches Wochenende in Seckenheim

Nachdem im überfüllten Vereinshaus bei der Veranstaltung „Ein Streifzug durch alle Fernsehsender der Welt“ „eingeschaltet“ war, rollte ein Programm ab, das es „in sich“ hatte. H. C. Berger, A. Blümel und R. Hirsch sorgten mit viel Humor für einen flotten Ablauf am Sender und Empfänger, ganz so, wie wir es vom Fernsehfunk der Zukunft erwarten. Unterhaltungsmusik, Tänze, Lieder wechselten in bunter Folge. Echt amerikanisch/ bei den Steppplänen und tollen Jazzweisen aus Hollywood und New York. Sehr schön und anmutig ein Wiener Walzer der Tänzerinnen der FSG. Leningrad funkte einen Russentanz. Die Tänzerinnen des TV 98 entledigten sich dieser schwierigen Sache hervorragend, beinahe echt russisch und die Turnerinnen vom T.V. „Jahr“ zeigten ihr Können mit einer Polka Mazurka aus Belgrad. Es ist unmöglich alles im Einzelnen gebührend hervorzuheben, seien es die Tänze von Hedi Panter oder Renate Friedhaber, seien es die Lieder, Weisen und musikalischen Darbietungen von Ernst Bühler, Karl und Rolf Volz, Günther Adelmann oder der Geschwister Liebenwein. Die eingestreuten Sketchs, dargeboten von Emmi Liebenwein und R. Hirsch, riefen Stürme der Heiterkeit beim Publikum hervor. Mit viel Humor wurde auch die „Reportage aus Seckenheim“ der Sendestelle Heidelberg-Mannheim aufgenommen und zum Schluß hatten Hedi Panter und die Kapelle Scharly, die der Veranstaltung die musikalische Untermalung gab, eine Riesenvorstellung — die Lachstürme rissen nicht ab beim Auftreten der „Wilden aus Honolulu“.

Alles in allem, ein sehr schöner Abend, für den der „Verband der Kriegs- und Zivilbeschädigten, der Sozialrentner und Hinterbliebenen“ eingeladen hatte. Ein Gesamtlob allen Darstellern, durchweg ortseigene Kräfte, die unter der Leitung von R. Hirsch Hervorragendes boten. Anschließend an das Programm wurde bis in den frühen Morgen das Tanzbein geschwungen.

## Plötzlich knallte ein Schuß

Der Polizeibericht meldet:

Obwohl der Besitz von Schusswaffen in jeder Form streng verboten ist, verstand es ein 18-jähriger Bursche, sich eine Pistole mit der dazu gehörenden Munition anzueignen. In einem Lokal in Käferal war er gerade dabei, das stolze Stück seiner Freundin vorzuführen, als plötzlich ein Schuß losging, der glücklicherweise in der Holzverkleidung der Wand steckenblieb. Die Pistole will der junge Mann am Freitagabend an der Straßenbahnhaltestelle Käferal gefunden haben. Die Angelegenheit wird vor dem Militärgericht ein ernstes Nachspiel haben.

**Vom Rad heruntergerissen und beraubt**

Ein Bote, der für eine auswärtige Firma mit dem Einkassieren von Geldern beschäftigt war, wurde kurz nach Eintritt der Dunkelheit vor einem Hause in der Schönau-Siedlung von einem Unbekannten von seinem Rad heruntergerissen und niedergeschlagen. Dabei wurde er seiner Brieftasche mit 265 DM Inhalt beraubt. Bis jetzt fehlt von dem Täter jede Spur.

**Auf dem Sportplatz verstorben**

Bei einem Fußballspiel zwischen einer Betriebssportmannschaft und der Sportgemeinde Rheinau erlitt ein in Rheinau wohnhafter Schlosser auf dem Sportplatz einen Herzschlag. Obwohl der Mann nur kurze Zeit mitspielte, waren anscheinend die Anstrengungen für ihn zu groß.

**Innerhalb 3 Stunden gefunden!**

Zu gerne wollte er mal mit einem „eigenen“ Personenkraftwagen fahren. Diese Gelegenheit bot sich ihm vor dem Alster-Lichtspielen. Kurz entschlossen setzte sich der 17-jährige in den Wagen und kutschte in der Stadt herum. Aber schon nach 3 Stunden konnte er auf Grund der inzwischen ergriffenen Fahndungsmaßnahmen von einer Polizeistreife zwischen K 4 und K 5 gesichtet und verhaftet werden.

## JUSTIZSKANDAL

Hinter den Kulissen der Mordaffaire Blum!

**Geheimnissitzung der Richter**

So wurde im gleichen Augenblick die öffentliche Meinung entflammt, die wichtigste und gefährlichste Waffe der Demokratie.

**Wollte sie sich wirklich töten?**

In der Mannheimer Straße in Käferal warf sich ein 21 Jahre altes Mädchen vor einen fahrenden Jeep der Militärpolizei, so daß sie von diesem überfahren, zum Glück aber nur leicht verletzt wurde. Nach kurzer Behandlung im Städtischen Krankenhaus konnte sie wieder entlassen werden.

**Die Motorradfahrer zogen den Kürzeren**

Bei den nachfolgenden zwei Verkehrsunfällen scheint das Vorfahrtsrecht wieder eine ausschlaggebende Rolle gespielt zu haben. Zunächst rannte an der Straßenkreuzung C 3/D 4 ein Motorrad mit einem Personen-

**Affaire**  
**BLUM**

**ROMAN VON R. A. STEMMLE**  
Copyright 1948 by Filmverlag, Berlin  
23. Fortsetzung

Meine Herren, ich schlage folgende Resolution vor: „Wir erklären, daß wir geschlossen hinter dem Untersuchungsrichter stehen.“

„Jawohl!“ Einige gaben ihre Zustimmung. „Wir verwahren uns gegen jeden Eingriff in unsere richterliche Unabhängigkeit!“

Die Zustimmung wuchs.

„Wir fordern disziplinarische Bestrafung aller derer — ohne Ansehen der Person —, die es wagen, in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzugreifen.“

Der Lauscher an der Tür spürte die Erregung der Versammelten.

„Wer für die Annahme dieser Resolution ist, den bitte ich, die Hand zu heben.“

„Bitte, das geht nicht. Was machen Sie denn da? Schließen Sie die Tür!“

„Bin bestellt“, sagte der junge Mann frech.

„Von wem?“ Es war der Geschäftsführer des Hotels, der den jungen Mann ertappt hatte.

Der junge Mann zeigte einen Ausweis vor. Er war Reporter vom „Mitteldeutschen Generalanzeiger“.

„Schön und gut. Aber Sie können doch nicht an den Türen hocken.“

„Ich, doch“, sagte der junge Mann. Neunzehn Richter erhoben ihre Hände. Das war die Mehrzahl.

„Ich danke Ihnen, meine Herren“, schloß Hecht.

„Also, was ist?“ drängte der Herr im Cut: „Ich kann das nicht erlauben, daß Sie hier rumsplönieren.“

„Wer spioniert denn? Ich sage Ihnen doch, daß ich erwartet werde.“

Die Tür öffnete sich, einige der Richter verließen das Sitzungszimmer; der junge Mann trat kühn ein, stellte sich auf die Zehen, blickte herum und tat so, als suche er jemanden. Dabei lauschte er auf die Gruppen, die Konrad und Hecht umstanden.

„Wie wollen Sie jetzt vorgehen, Herr Landgerichtsdirektor?“

„Der Schlag muß konzentriert geführt werden. Zunächst einmal eine Anfrage im Landtag.“

Das gefiel.

Der Reporter tat so, als ob er zum Hotel gehöre und stellte dabei die Stühle um den Tisch wieder zurecht. Er kam der Gruppe der Richter immer näher.

Im Hinausgehen legte Hecht seinen Arm um Konrads Schulter: „Damit Sie wieder schlafen können.“

Und zu den anderen, die den beiden folgten, sagte er, nach hinten gewandt: „Der schläft nämlich schon ein paar Nächte nicht mehr wegen dieser verdammten Geschichte.“

Der Reporter war allein. Er schnüffelte auf dem Tisch herum, wo Hecht gesessen hatte, zog Papierschnitzel aus dem Papierkorb und setzte sie zusammen. Als er aufsah, stand der Geschäftsführer wieder in der Tür, der ihn mit Empörung anblickte: „Sie sind immer noch da?“

zusammengekracht... kaum, daß sie fertig ist.“

„Das mit Rosenberger war auch nicht von Papp.“

„Sie meinen den Unfug auf der Avus?“

„Natürlich war das Unfug. Mit hundert-sechzig Kilometer ins Zeitnehmerhaus zu rasen!“

„Mein lieber Herr, dafür ist schließlich Rosenberger nicht verantwortlich. Das sind unvorhergesehene Zwischenfälle.“

„Solche Rekordbereicherung sind provokierend, direkt provozierend sind sie. Als ob ein Menschenleben —“

„Fritz, hilf Herrn Direktor in den Mantel.“

„Am Hals bitte vorsichtig! Ich bin dabei sehr empfindlich.“

„Sehr wohl, Herr Klemm. Nehme mich schon in acht. Zufrieden mit dem Messer?“

„Dabei ist das noch das wenigste, was wir bei uns mitgemacht haben. Außerhalb solls bedeutend schlimmer gewesen sein. Haben Sie in der Illustrierten die Abbildung gesehen von dem Vulkanausbruch in Dingsbums?“

„Bis in die Eifel sind die Stöße zu spüren gewesen.“

„Aber nicht von dem Vulkanausbruch!“

„Dann war's was anderes.“

„Dann war's eben das Erdbeben in Dingsbums.“

„In Japan.“

„In Tokachi oder so ähnlich.“

„Nee, das war auch'n Vulkan.“

„Denn war's in Rußland.“

„Scheitel so recht? Oder mehr nach der Mitte?“

„Das kommt von den Sonnenflecken.“

„Fräulein Schaub... eine Maniküre! Fräulein Schaub!“

„Das kommt nicht von den Sonnen-

**An unsere Postabonnenten!**

Wir bitten Sie, sich bei unregelmäßiger Zustellung der Zeitung oder bei Nichtbelieferung sofort an das zuständige Postamt zu wenden. Der Verlag.

**Versammlung der Elternbeiräte**

Heute, Dienstagabend, findet um 19.30 Uhr in der Wohlgelegenschule eine Versammlung der Elternbeiräte Mannheims statt. Es spricht der Oberbürgermeister.

flecken, das kommt von der Quadraturstellung von Mars und Saturn.“

„Das kommt von den Sonnenflecken, da könn' Se Gift drauf nehmen.“

„Bleiben Sie mir vom Leibe mit Ihren Sonnenflecken! Die Sonne hat andere Dinge im Kopf, als sich um uns zu kümmern. Wenn was schief geht, soll die Sonne dran schuld sein.“

„Mein lieber Herr Müller —“

„Halten Sie keine populärwissenschaftlichen Vorträge über die Sonnenflecke! Die ganzen Sonnenflecke, wie sie gebacken und gebraten sind, wissen Sie, wofür ich Ihre Sonnenflecke halte? Für Krümelkase, für aufgelegten Krümelkase! In meiner Jugend hat's keine Sonnenflecke gegeben, und es ist auch gegangen. Sogar besser als heutzutage.“

„Die Wissenschaft ist eben inzwischen fortgeschritten.“

„Kasse bitte! Eine Rasur mit... eine Kopfwasche... Der nächste Herr! Was soll's sein, Herr Müller?“

„Hinten ganz kurz... vorne wie immer... Schlafen lassen wir auch, wie sie sind.“

„Könn'ten ganz gut etwas egalisieren vertragen, Herr Müller.“

„Wenn Sie meinen. Sachte, sachte! Der verflixte Arm —“

„Brauchen nicht unbedingt hineinzuschliefen, Herr Müller. Sollten sich bestrahlen lassen, Herr Müller.“

„Verjagen Sie bloß Herrn Müller sein Rheuma nich, Herr Kolpe! Das hängt mit den Sonnenflecken zusammen.“

„Ja, ja, das ist ein Jahr der Katastrophen. Die in der Wilhelmstraße scheinen auch eins aufs Dach gekriegt zu haben.“

„Und wer hat es auszubaden? Wir!“

Nachrichten aus Karlsruhe

Uraufführung im Gloria-Palast
Am Donnerstag, 1. Dezember, findet im Gloria-Palast die Uraufführung des Kriminalfilms „Zyankali“ statt.

Leiche aus der Alb geborgen
Im Weierfeld wurde am Samstag vormittag eine männliche Leiche aus der Alb geborgen.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe
Südweststadt. Am Donnerstag, den 1. Dezember 1949, um 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Schrempfischen Bierkeller“.

Opfer des Totfiebers
Eblingen (Iwb). Zumitternächtllicher Stunde hat sich vor einigen Tagen bei der motorisierten Streife der Landespolizei in Wernau am Neckar ein 24jähriger Mann gemeldet und um seine Festnahme gebeten.

Er fuhr in den Tod
Waghäusel. Zwischen Neudorf und Huttenheim ereignete sich am Samstag ein Verkehrsunfall, der ein Todesopfer forderte.

Großsachsen wählt Bürgermeister
Großsachsen. Die Wahlbeteiligung war mit 91,1 Prozent besonders stark. Von 1319 Wahlberechtigten haben 1203 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Zweimal Kartoffeln geerntet
Ein Mannheimer Landwirt hat in diesem Jahre zweimal Kartoffeln geerntet. Er nutzte die günstige Witterung dieses Herbstes aus und pflanzte auf einem ein ar großen Grundstück gleich nach der ersten Ernte nochmals Kartoffeln an.

Gräber der Vorzeit
Beim Pflügen in der Feldmark Eschershausen bei Uslar sind mehrere Urnen gefunden worden, die auf ein Alter von 1700 Jahren geschätzt werden.

Ist niemand schuldig an den hohen Preisen?

Erklärungen, die ein trostloses Bild des Chaos enthüllen

Die Gewerkschaften haben es in der letzten Zeit an Erklärungen und geharnischten Protesten gegen die überhöhten Preise, vor allem auf dem Fleischmarkt, nicht fehlen lassen.

Die Proteste der Gewerkschaften haben nunmehr all die, die behördlich oder interessenmäßig mit dem Fleischmarkt zu tun haben, in die Schranken gerufen. Die Fleischerinnung, sowie das städtische Amt für öffentliche Ordnung wenden sich an die Öffentlichkeit, um zu den Erklärungen der Gewerkschaften Stellung zu nehmen.

als ob sie alles menschenmögliche getan hätten, um die untragbare Entwicklung zu verhindern.

Die Fleischerinnung Mannheim nahm zu den Protesten der Gewerkschaften Stellung und erklärte folgendes: „Wenn der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden in einer Veröffentlichung in der Presse gegen die Fleischwucherpreise und Preisüberwachung Stellung nimmt, so kann man als Fachmann nur sagen, daß alle Vorwürfe und Argumente von falschen Voraussetzungen ausgehen.“

Das Schreiben der Fleischerinnung fragt die Gewerkschaften, ob ihnen nicht bekannt sei, daß alles Qualitätsschlachtvieh aus Nordbaden nach den angrenzenden Ländern abwanderte und keine amtliche Stelle trotz ihrer Meldungen dagegen eingeschritten war.

„Badener, seid keine müden Schläfer“

Das „Programm“ der badischen Partikularisten

Karlsruhe. Am Sonntag wurde der Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener in der Taufe gehoben. An der Gründungsversammlung nahmen u. a. Staatspräsident Leo Wohleb, Altreichskanzler Dr. Josef Wirth, Landtags-Präsident Person, Prälat Föhr, Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Zürcher und der stellvertretende Landesdirektor für Kultus und Unterricht Dr. Thoma teil.

Der in letzter Zeit durch seine besondere Aktivität im Kampfe gegen die „Großschwaben“ in Nordbaden bekanntgewordene „heimatbadische Recke“ Dr. Werber wurde zum Geschäftsführer und Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt. Ehrenvorsitzender wurde neben Dr. Wirth, Staatspräsident Wohleb und Dr. Thoma auch der ehemalige Oberbürgermeister Josef Braun aus Mannheim.

Ziel des auf der Tagung angekündigten „unerbittlichen Kampfes“ soll sein: Die Einheit des Landes Baden in seinen ehemaligen historischen Grenzen, eine dezentralisierte Verwaltung für Baden, wenn die große Schlacht erst gewonnen ist.

Aus der Entschließung der Gründungsversammlung ist zu entnehmen, daß man keine Vergeltungsmaßnahmen gegen die „großschwäbischen Imperialisten“ nach ihrer endgültigen Niederwerfung vor hat.

Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener werde in dem kommenden Wahlkampf ein Beispiel dafür geben, wie man eine solche „Schlacht führen könne“.

Schwierige Arbeitsvermittlung für Heimkehrer

Von 10287 Heimkehrern, die sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres in Württemberg-Baden als arbeitsuchend gemeldet haben entfallen auf den Metallarbeiterberuf 2658. Von dieser Zahl konnten im gleichen Zeitraum 1858 Heimkehrer in Arbeitsstellen vermittelt werden, so daß am 30. September noch 800 Heimkehrer der Metallarbeiterberufe als arbeitsuchend gemeldet waren.

Interessante Vergleiche ergeben die Zahlen über die arbeitsuchenden Hilfsarbeiter unter den Heimkehrern. Von Januar bis September 1949 haben sich in Württemberg-Baden 1076 Heimkehrer-Hilfsarbeiter um Arbeitsplätze beworben. Vermittelt wurden jedoch 1788 Heimkehrer in Hilfsarbeiterstellen.

Aus Weinheim

Aktive Naturfreunde

Die Jugendgruppe der „Naturfreunde“ Weinheim veranstaltete am Samstag im Saalbau „Zur Eiche“ ihre diesjährige Winterfeier. Das reichhaltige und auserlesene Programm, das den zahlreichen erschienenen Gästen geboten wurde, bewies eine lange und fleißige Vorbereitung des Abends.

Nachdem die Musikgruppe des Vereins den Abend eröffnet hatte, ehrte der Vorsitzende der Ortsgruppe die alten Wanderfreunde, die seit 25 Jahren für die Bewegung aktiv sind.

Musik- und Theatergruppe, Sprechchöre, Lieder und Rezitationen gestalteten sodann abwechslungsreich das Programm, bis zuletzt eine Kapelle zum Tanz aufspielte und Jung und Alt das Tanzbein schwingen ließ.

Lichtbildervortrag

über das Karwendelgebirge

Die Weinheimer Naturfreunde hatten am Donnerstag zu einem Lichtbildervortrag des Münchener Bergsteigers Steinauer in den Saalbau „Zur Eiche“ eingeladen. Die vielen Interessierten, die der Einladung Folge geleistet hatten, brauchten für Kommen nicht bereuen.

Fußballer tanzen

Weinheim. Die Fußballer hatten zu einem Familienabend in den Bienenhaussaal ihre Mitglieder eingeladen. Trotzdem, daß beide Veranstaltungen — bei den Turnern und Fußballern — bis auf den letzten Platz besetzt war, wäre eine Mahnung doch angebracht.

Bei den Fußballern war die Heimatbühne Schönau zu Gast und spielte — wie der Vorsitzende Schmidt ausführte — sich in die Herzen der Zuhörer. Eine sehr gut ausgestattete Tombola sorgte dafür, daß mancher Familienvater kein Weihnachtsgeschenk zu kaufen braucht.

Protest-Kundgebung in Weinheim gegen die volksfeindliche Politik in Bonn am Mittwoch, dem 30. November um 20 Uhr im Saalbau „Zur Deutschen Eiche“. Bundestags-Abgeordneter Leibbrand spricht Erscheint in Massen!

„Endlich ein zufriedenes Kind“

„Von schwerem Wundsein rasch befreit“. „Wundsein kenne ich überhaupt nicht mehr“. So urteilen Mütter voll Begeisterung über Klosterfrau-Aktiv-Puder.

Möbel Karrer
Karlsruhe, Philippstr. 19

Ihren eigenen Rohkaffee röstet fachgerecht in jeder Menge KISSEL
Kaffe-Großröster
Karlsruhe, geg. Hauptpost
Autoteilm. Akademiestr. 51

KLISCHEES
HANDEL U. INDUSTRIE
GRAPHISCHE KUNSTANSTALT
GEBRÜDER MÜLLER
MANNHEIM • H7,29
TELEFON 23681

FARBEN für jeden Zweck
Farben-Luipold
Karlsruhe
Körnerstr. 38 Ruf 3316

Willst Du modern u. praktisch sein Stell' alles auf „Elektro“ ein Und was veraltet ist ersetzt Durch Neues bei
Gebrüder Betz
Elektro-Fachgeschäft, Herrenstr. 20

MÖBEL EHRFELD
am Rondellplatz
KARLSRUHE

Jungen Schäferhund zu kaufen gesucht. Elektro-Betz, Klauereichstr. 23

Ein festliches Ereignis für alle unsere Kunden!
Donnerstag, den 1. Dezember 1949, 8.30 Uhr
NEU-ERÖFFNUNG
unseres weihnachtlich geschmückten Lichthofs mit Freitreppe verbunden mit der Eröffnung des großen
Weihnachts-Verkaufs
Jetzt!
leichteren Einkauf, bessere Orientierung, noch größere Auswahl, starke Vergrößerung der wichtigsten Textilabteilungen
Alle Abtlg. beugen Eröffnungsschlage!
Im Dezember jeden Mittwoch ganztägig geöffnet
Versand nach auswärts Zufuhr durch eigene Fahrzeuge Eilendienst im Stadtgebiet
Wir erwarten Ihren Besuch. Sie werden sich erneut von unserer Leistungsfähigkeit überzeugen
UNION
Karlsruhe
MORGEN, MITTWOCH, WEGEN UMRÄUMUNG GESCHLOSSEN!